



Düzgün Polat, André Schnall, Paul Sörensen

Teilhabe vor Ort, neu gedacht!

Was ist und was will die
Ideenschmiede Augsburg?





Ideenschmiede

Ideenschmiede diversitätssensible Demokratisierung (ID²): dieser etwas sperrige Name steht für ein auf drei Jahre angelegtes Projekt zur Stadtteilgestaltung »von unten«. In den Augsburger Stadtbezirken Rechts der Wertach und Links der Wertach Nord/Süd soll die dort lebende Bevölkerung in Austausch und Dialog kommen, Bedürfnisse artikulieren, Missstände identifizieren, Utopien entwerfen und diese womöglich auch zur Umsetzung bringen – kurzum: sich empowern und das Heft in die eigene Hand nehmen.



Exkurs: Bevölkerung

Bevölkerung ist dabei wohlgemerkt nicht in einem engen Sinn zu verstehen. Einbezogen werden sollen keineswegs nur die gemeldeten Einwohner*innen der drei Stadtbezirke, sondern wirklich all jene, die diesen Stadtraum im wahrsten Sinne des Wortes bevölkern: das sind zuvorderst natürlich all die Menschen, die dort wohnen, sei es mit deutschem Pass oder ohne; es sind aber auch all jene, die dort arbeiten, einen Betrieb haben oder in die Ausbildung gehen; es sind die, die dort spielen und Freizeitangebote nutzen – oder das gerne tun würden, wenn es die Möglichkeiten dafür gäbe; und genauso gehören auch all jene dazu, die dort leben müssen, weil ihnen z.B. keine freie Wohnsitzwahl zugebilligt wird usw. usf.

Sie alle machen den Stadtbezirk aus, füllen ihn mit Leben. Sie als Expert*innen in eigener Sache zusammenzubringen, Räume für Austausch und Auseinandersetzung zu schaffen, ihre Perspektiven sicht- und ihre Stimmen unüberhörbar zu machen bedeutet somit auch, die Bezirke selbst *zum Sprechen zu bringen*. Von unten, von den Menschen selbst, nicht von oben, über die Menschen hinweg; in ihrer ganzen Vielfalt, nicht durch einzelne, auch ansonsten womöglich schon dominante und diskursbeherrschende Positionen verengt.

Deshalb sprechen wir auch – z.B. im Namen dieser Schriftenreihe – von Citi*zens,

- weil wir mehr meinen als Staatsangehörige oder auch nur Personen mit kommunalem Wahlrecht.
- weil der englische Begriff die Stadt (engl. City) ethymologisch explizit(er) im Namen trägt.
- weil die Bezeichnung in der französischen Traditionslinie – in Abgrenzung zum egoistischen Bourgeois – für engagierte, am Gemeinwohl orientierte Personen steht, genannt Citoyens.

Es geht also um die tatsächliche Bevölkerung des Stadtbezirks und dabei gilt ein besonderer Fokus gerade auch jenen Menschen, die üblicherweise aus diversen Gründen politisch deprivilegiert sind, etwa weil sie zu jung sind, zu wenig Zeit für herkömmliche Formen der Teilhabe haben, als ›fremd‹ oder ›anders‹ markiert und dadurch – diskursiv, materiell, epistemisch – ausgeschlossen werden etc.



Demokratisierung

Die Ideenschmieden sind stadtteilbezogene dialogische Teilhabeorte einer im Nahumfeld gelebten Demokratie. Es geht darum, Menschen zusammenzubringen und Ideen zu schmieden. Nicht jede*r allein für sich, sondern gemeinsam und multiperspektivisch. Das heißt nicht, dass es keine Differenzen geben wird oder dass diese immer überbrückbar wären. Ganz im Gegenteil: in wahrhaft demokratischen Zusammenhängen müssen wir immer auch davon ausgehen, dass es Streit und Konflikte gibt – ja, sie sind für Demokratie geradezu konstitutiv. Ihnen Raum zu geben bedeutet, die Chance zu eröffnen, Konflikte beizulegen, sie zu transformie-

ren oder manchmal auch einfach nur auszuklammern, weil sich andere Fragen im Moment als wichtiger und dringlicher erweisen oder weil die Konfliktparteien bei anderen Themen womöglich Verbündete sind und an einem gemeinsamen Strang ziehen wollen.

Im Rahmen des Projekts sollen für jeweils 15 Monate zwei Ideenschmieden realisiert werden – eine für den Stadtbezirk Rechts der Wertach, eine für die beiden Stadtbezirke Links der Wertach Nord und Süd. Um eine gewisse thematische Fokussierung zu gewährleisten, wurden zwei gesellschaftlich und politisch kontroverse

und lebensweltlich höchst präsente Gegenstandsbereiche als Dachthemen gewählt:

Wohnen und Wohnumgebung (Rechts der Wertach) und *Gesundheit und Gesundheitsversorgung* (Links der Wertach Nord/Süd). Weitere Vorgaben erfolgen nicht, alle darüber hinausgehenden Schwerpunkt-setzungen, Ausrichtungen und konkrete Schritte erfolgen durch die Menschen in den Bezirken selbst.

Kernstück Aushandlungsrat

Das Kernstück der Ideenschmieden ist ein sogenannter Aushandlungsrat. Damit ist ein zehnköpfiges Gremium gemeint, das sich aus Menschen zusammensetzt, die im Bezirk leben, arbeiten oder dort anderweitig ihren Lebensmittelpunkt identifizieren. Die Mitglieder der beiden Aushandlungsräte sind eine Art Bezirksbotschafter*innen. Sie sollen ihre eigenen Perspektiven und Expertisen einbringen, sind aber auch ein Scharnier zu den Menschen im Bezirk im Allgemeinen.

Im Aushandlungsrat, der sich im 15-monatigen Zeitraum einer Ideenschiede zweimal pro Quartal trifft, sollen die Herausforderungen und Probleme des Bezirks und seiner Bewohner*innen gesammelt und vielfältige Überlegungen angestellt werden, wie sie angegangen werden könnten. Womöglich können aus dem Aushandlungsrat auch erste Schritte

unternommen werden, um entsprechende Veränderungsprozesse im Bezirk anzustoßen – von der Basis kommend, eigeninitiativ und autonom.

Gerahmt wird die Arbeit der Aushandlungsräte von weiteren Veranstaltungen, Aktionen und Teilhabeformaten, die sich mal an die gesamte Bezirksbevölkerung richten, mal an spezielle Gruppen adressiert sind. Dazu gehören Umfragen, eine regelmäßige Bezirkssprechstunde, Utopiewerkstätten, eine interaktive Bezirkswandzeitung oder Teilhabeworkshops für junge Menschen im Bezirk. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass ein möglichst breites Spektrum an Perspektiven und Lebensrealitäten des Bezirks abgebildet wird und in die kollektive Wunschproduktion einfließt.

Unter Einbeziehung möglichst vieler Menschen aus dem Bezirk sollen so ganz konkrete Utopien für den Bezirk entwickelt werden, die sich womöglich ohne großes Budget oder die Einmischung bezirksferner Stimmen auf den Weg bringen lassen. Es sollen Stimmen laut und hörbar werden, deren Forderungen je allein für sich ansonsten nur allzu oft im Stadtgeschehen überhört und ignoriert werden. Kurzum: es sollen Orte einer gelebten Demokratie im Stadtbezirk entstehen, es geht um eine Demokratisierung der Demokratie.



(Anti-)Diskriminierung

Mit der bloßen Möglichkeit und Aufforderung zum Zusammenkommen und Mitmachen ist es aber nicht getan. Die Idee der Demokratie – also die gleiche Teilhabe der Verschiedenen an der Gestaltung der gemeinsam geteilten Welt (vgl. izbd² 2023) – ist voraussetzungsvoll. Um sie nicht nur scheinbar zu realisieren und demokratische Partizipation nicht nur zu simulieren, müssen wir die Komplexität und Vielfalt der Gesellschaft zu Kenntnis nehmen (vgl. Kraus 2017). Mit dieser komplexen Vielfalt gehen häufig Privilegien und Ausschlüsse einher, die sich auch politisch auswirken. Wer im öffentlichen Raum auftreten kann und wahrge-

nommen wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Nicht allen Menschen fällt es gleichermaßen leicht, politisch in Erscheinung zu treten und Wirkkraft zu entfalten. Einigen wird es explizit schwer gemacht, anderen sogar gänzlich verunmöglicht. Das geschieht mitunter absichtsvoll, oftmals aber auch einfach aus Unbedachtheit und aus mangelnder Sensibilität für Diversität und einhergehende Machtungleichgewichte. Manchmal geschieht es über Statements meinungsstarker Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, deren Verlautbarungen im gesellschaftlichen Diskurs rasch Verbreitung finden – etwa wenn von bestimmten Teilen der Bevöl-

kerung nur als nützliche Arbeitskraft, nicht aber als politische Subjekte die Rede ist. Oder ihnen die politische Subjektivität rundheraus abgesprochen wird, wie es in der Geschichte lange Zeit für Frauen der Fall war. Manchmal geschieht es aber auch durch die Institutionen des politischen Systems, die sich bei näherer Betrachtung häufig als alles andere als »neutral« und allgemein zugänglich erweisen.

Politische Institutionen und Verfahren, so hat es der Politikwissenschaftler Claus Offe (2006) einmal ausgedrückt, weisen häufig eine *soziale Selektivität* auf. Das heißt, sie sind nicht für alle gleichermaßen zugänglich und nutzbar. Oder etwas zugespitzter formuliert: sie sind so konzipiert und eingerichtet, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen eher nicht partizipieren. Wie zahlreiche sozialwissenschaftliche Studien zeigen (z.B. Elsässer/Schäfer 2024; HBS 2024), beteiligen sich bspw. Menschen mit hohem Einkommen grundsätzlich deutlich mehr am politischen Geschehen als Menschen, die in schlecht bezahlten und prekären Verhältnissen arbeiten und oftmals sogar mehrere Jobs gleichzeitig annehmen müssen. Menschen, die (zusätzlich) familiäre Sorgearbeit leisten – in der BRD sind das mit deutlicher Mehrheit Frauen – engagieren sich deutlich seltener als Menschen, die keine Sorgearbeit übernehmen oder diese

an Dienstleister*innen auslagern können (z.B. Weidhofer u.a. 2023). Außerdem konnte gezeigt werden, dass die politische Beteiligung umso intensiver ist, je höher der formale Bildungsgrad ist (z.B. Bödeker 2014). Gemeinsam mit zahlreichen weiteren Ungleichheitsfaktoren, die sich zum Teil auch überlappen und wechselseitig verstärken, führt das zu gravierenden Unterschieden bei der Teilhabe am Politischen.

Dieser Beteiligungsbias schlägt sich auf allen politischen Ebenen nieder: So sind Frauen und Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund in Parlamenten in der Regel deutlich unterrepräsentiert. Allein die Zahlen zum aktuellen deutschen Bundestag weisen ein eklatantes Missverhältnis auf: von 630 Abgeordneten sind gerade einmal 204 weiblich, also nicht einmal ein Drittel (vgl. bpb 2025). Der Bevölkerungsanteil von Frauen liegt hingegen bei knapp 51%. Fast genauso sieht es bei Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund aus: während ihr Bevölkerungsanteil in der BRD bei etwa 30% liegt, sind es unter den Bundestagparlamentarier*innen lediglich 11,6% (vgl. Mediendienst Integration 2025). Noch extremer fällt die Diskrepanz bei den Bildungsbiographien aus: während 81% der Bundestagsabgeordneten studiert haben, traf das 2022 laut Zensus für nur 21% der

Bevölkerung zu (vgl. DIE ZEIT 2024; UE 2025).

Der Bundestag – so ließe sich zusammenfassen – ist also alles andere als ein Abbild der Gesellschaft. Ganz im Gegenteil gilt, wenn auch etwas verkürzend ausgedrückt: es ist ein vorwiegend männliches Gremium der formal hochgebildeten und privilegierten »Alteingesessenen«.

Was für die Parlamente gilt, gilt nachweislich in noch ausgeprägterem Maße für direktdemokratische Verfahren und das zivilgesellschaftliche politische Engagement: an Runden Tischen, Bürgerentscheiden, Initiativen, Teilhabeforen usw. ist die Teilnahme in aller Regel niedriger und die Repräsentationsverhältnisse zu meist noch ungleicher. Der ökonomische Status ist dabei besonders ausschlaggebend, aber auch die Herkunftsgeschichte und das Alter (siehe z.B. SVR 2025; SVR 2020).

Nicht zuletzt hat das auch sozialräumliche Konsequenzen, wie sich bspw. an den sehr ungleichen Wahlbeteiligungen in unterschiedlichen Stadtbezirken ablesen lässt. Die Nichtwähler*innenquote in sog. abgehängten oder benachteiligten Stadtteilen ist nachweislich deutlich höher als in begüterten, wohlhabenden Quartieren. Eine derartige Ungleichverteilung politi-

scher Macht nach Stadträumen lässt sich exemplarisch an den beiden Extremen im Augsburger Stadtgebiet aufzeigen: während sich im Spickel bei der Bundestagswahl 2025 rund 90% der Wahlberechtigten beteiligten, waren es in Oberhausen Nord gerade einmal knappe 65%. Noch massiver fallen die Unterschiede bei den Kommunalwahlen aus: während die Stadtrats- und OB-Wahl in 2020 im Spickel immerhin noch gute 70% an die Urnen lockte, waren es in Oberhausen Nord nicht einmal 25% (vgl. Stadt Augsburg 2025).

All das zusammengekommen lässt die zuletzt immer häufiger zu hörende Diagnose einer Repräsentationskrise der Demokratie plausibel erscheinen. Wie jüngere Forschungen nachgewiesen haben, bringt die Missrepräsentation weitere problematische Folgen mit sich: so konnten Studien in verschiedenen Ländern zeigen, dass es in Folge von Missrepräsentationen auch zu einer selektiven Politikgestaltung kommt. Das bedeutet, dass in Parlamenten wie auch anderen Gremien und Verfahren überwiegend Politik im Interesse der stark partizipierenden, gut repräsentierten Bevölkerungsgruppen gemacht wird. Auch wenn eine spiegelbildliche Repräsentation keineswegs ein Garant für eine gemeinwohldienliche, nicht-selektive Politikge-

staltung ist, so kann umgekehrt somit festgehalten werden, dass die Missrepräsentation eine entsprechend selektive Interessendurchsetzung enorm begünstigt (z.B. Elsässer u.a. 2017).

Wollen demokratiepolitische Initiativen das nicht stillschweigend ausblenden, dann müssen sie kritisch diversitätsorientiert sein. Sie müssen die in komplex vielfältigen Gesellschaften immer vorhandenen Spaltungslinien reflektieren. Dort, wo sie politische Ungleichheitseffekte zeitigen, müssen diese überwunden oder zumindest abzuschwächen versucht werden.



Diversitätssensible Demokratisierung (D²)

Genau das hat sich auch das Projekt ID² vorgenommen. Genau deshalb wollen wir – das ID²-Projektteam – nicht nur Teilhabeangebote machen, sondern eine diversitätssensible und diskriminierungskritische Demokratisierung im Stadtteil befördern und unsere Angebote entsprechend gestalten. Bei unseren Überlegungen und Planungen konnten wir uns auf unsere früheren Untersuchungen zu den Barrieren und Voraussetzungen einer diversitätsorientierten und diskriminierungskritischen Demokratie stützen (vgl. izbd² 2023).

Neben der banalen Voraussetzung, dass es für ein demokratisches Miteinander vor allem Räume und Orte braucht, sind es u.a. die Faktoren der »sprachlichen« Verständlichkeit, die ökonomischen und die zeitlichen Ressourcen, die häufig, wenn auch nicht immer, miteinander zusammenhängen. Diesen Anforderungen versuchen wir u.a. dadurch nachzukommen, dass wir unsere Flyer und andere Infomaterialien nach Möglichkeiten mehrsprachig gestalten, eine Aufwandsvergütung für die Mitwirkung am Aushandlungsrat vergeben, Räumlichkei-

ten und Verpflegung für die Ratstreffen und andere Veranstaltungen bereitstellen, eine vielfaltsorientierte und diskriminierungssensible Prozessbegleitung gewährleisten, die stets auch all die verschiedenen Bedarfe der Teilnehmenden im Blick zu behalten versucht.

Die Zusammensetzung der beiden Aushandlungsräte überlassen wir nicht nur dem eigeninitiativen Engagement („Selbstselektion“), sondern versuchen über gezielte Ansprache bzw. die Identifikation von Schnittstellenakteuren ein möglichst repräsentativ-vielfältiges Abbild des jeweiligen Stadtbezirks zu schaffen, das unserem Leitprinzip der Ausgeschlossenenorientierung gerecht wird. So flossen bei der gezielten Ansprache statistische Daten der Stadt Augsburg, diskriminierungskritische und demokratietheoretische Expertise (dazu izbd² 2023) sowie stadtteilbezogenes Erfahrungswissen ein. Neben einem dreiköpfigen wissenschaftlichen Beirat aus Vertreter*innen von der Universität bzw. Hochschule Augsburg steht uns dabei vor allem auch unser Projektpartner ZAM e.V. zur Seite, ein seit 2020 in Augsburg aktiver Dachverband von 23 migrantischen (Selbst-)Organisationen im Stadtgebiet.



Warum braucht es das? Warum machen wir das?

Die Demokratie ist in der Krise und wir wissen darum. So oder so ähnlich ließe sich der Mainstream der politikwissenschaftlichen und soziologischen Zeitdiagnosen der vergangenen Jahre pointiert zusammenfassen (z.B. Calhoun u.a. 2024). Diese Empfindung geistert auch durch die Zeitungen und Magazine, sie dominiert in Rundfunk und Fernsehen und erhält online in den sozialen Medien andauernd zusätzliche Nahrung. Diagnostiziert werden gesellschaftliche Spaltungen und eine wachsende politische Entfremdung auf Seiten der Bürger*innen.

Zugleich klagen immer mehr Menschen über Einsamkeit, Ohnmachtsgefühle und Verlustängste (z.B. Mau u.a. 2023; Neu/Vogel 2024; Amlinger/Nachtwey 2023; Reckwitz 2024). Rassistische Hetze im öffentlichen Raum, keineswegs nur von der radikalen Rechten, sondern auch aus der sogenannten gesellschaftlichen Mitte artikuliert, tut ihr Übriges, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt erodieren zu lassen. Und nicht nur das: für migrantische bzw. migrantisierte Menschen führt das mitunter zu existenziellen Bedrohungslagen, die immer wieder auch

in Form gewaltsamer oder gar tödlicher Exzesse Realität werden. Großen Teilen der Bevölkerung wird dadurch unmissverständlich klar gemacht, dass sie nicht erwünscht seien, nicht Teil des oft beschworenen „Wir“ sein dürfen. „Politische Gewalt“, so formulierte es Said Etris Hashemi unlängst mit Blick auf die Stadtbildaussage des deutschen Bundeskanzlers Merz, „entsteht nicht im luftleeren Raum. Ihr gehen Diskurse voraus, die ein Klima erzeugen, das Hass und Gewalt begünstigt. [...] Hinter [Merz'] Aussage verbarg sich der Anspruch, dass Menschen wie ich und Millionen weitere nicht auf diese Straßen gehören. Dass wir hier unerwünscht sind.“ (Hashemi 2025, 6).

Said Etris Hashemi weiß wovon er spricht, auch was die Folgen solch verbaler Hetze angeht: Sein Bruder Said Nesar und acht weitere Menschen wurden in Hanau 2020 von einem rechtsterroristischen Attentäter kaltblütig ermordet. Trotz des unermesslichen Leids, trotz der Trauer um seinen Bruder und zahlreiche Kindheitsfreunde wagt Hashemi auch den Blick nach vorne:

„Ich wünsche mir ein Deutschland, das sich endlich traut, ehrlich in den Spiegel zu schauen. [...] Ein Land, das sich selbst so sieht, wie es ist – vielfältig, laut, widersprüchlich, lebendig. Nicht perfekt, aber echt. [...] Ich will, dass Deutschland endlich

den Mut hat, sich zu dem zu bekennen, was es ist: eine Einwanderungsgesellschaft. Und dass die Politik sich dazu bekennt, diese Einwanderungsgesellschaft konstruktiv zu gestalten, statt sie zu bekämpfen.“ (Hashemi 2025, 6)

Eine konstruktive Gestaltung der von komplexer Vielfalt gekennzeichneten Einwanderungsgesellschaft, das ist auch das Anliegen der Ideenschmiede. Ein Anliegen, bei dem wir nicht darauf warten wollen, dass die »hohe Politik« es irgendwann angeht. Ein Anliegen, dass wir konkret im Hier und Jetzt, im unmittelbaren Umfeld unserer Nachbarschaften vorantreiben wollen. Mehr und effektivere Bürger*innenbeteiligung, so unsere Annahme, kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, der voranschreitenden politischen Entfremdung zu begegnen und durch einen lebendigen Meinungsstreit sogar den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern (so z.B. auch Nanz u.a. 2022). Das ist der Grund, warum wir mit unseren Ideenschmieden und Aushandlungsräten eine wirklich verständigungsorientierte und diskriminierungskritische demokratische Diskurskultur erproben wollen.

Die (sub-)kommunale Ebene stellt dabei in unseren Augen einen besonders geeigneten Ort dar. Im einigermaßen überschaubaren Raum des eigenen Quartiers

sind Begegnungen quasi vorprogrammiert oder zumindest einfacher zu realisieren. Menschen begegnen sich, die Anonymität ist geringer, man kennt sich aus. Auf diesen Grundlagen wollen wir aufbauen. Auf diesen Grundlagen können immer neue Beziehungen wachsen, die von Akzeptanz, Wertschätzung, dem Wissen um (geteilte) Betroffenheiten und einer Kultur des sorgenden Miteinanders geprägt sind.

Kurzum: es kann die Grundlage für ein demokratisches Zusammenleben sein, das Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht und so vielleicht auch zu gemeinschaftlichen politischen Kämpfen auf anderen Ebenen ermutigt – solidarisch und mit dem Ziel eines guten Lebens für alle. In genau diesem Sinne ist unser Projekt auch und vor allem ein Projekt politischer Bildung. Nicht im herkömmlichen Sinne einer – oftmals auf status-quo-Erhalt gerichteten – Wissensvermittlung von oben. Sondern in einem emphatischen Sinne transformativer Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse, die es immer auch als die Lebensverhältnisse anderer zu begreifen gilt. Und wenn es uns gelingt, die gemeinsame Welt als eine mit gleichwertigen Anderen geteilte Welt zu begreifen, dann bilden wir uns auch selbst fort – als politische Subjekte, die für die Begegnung mit anderen und unserer Umwelt stets offen und empfänglich sind.

Literatur:

- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2023): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin.
- Bödeker, Sebastian (2014): Die ungleiche Bürgergesellschaft – Warum soziale Ungleichheit zum Problem für die Demokratie wird, auf bpb.de (05.11.2025)
- bpb (2025): Gewählte Abgeordnete - BTW 2025, auf: bpb.de (05.11.2025)
- Calhoun, Craig u.a. (2024): Zerfallserscheinungen der Demokratie, Berlin.
- Elsässer, Lea/ Schäfer, Armin. (2024): Ungleiche politische Partizipation und Repräsentation, in: Böhnke, P./ Konietzka, D. (Hg.): Handbuch Sozialstrukturanalyse, Wiesbaden.
- Elsässer, Lea u.a. (2017): «Dem Deutschen Volke?» Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft Vol. 27, S. 161–180.
- Hans Böckler-Stiftung (2024): Soziale Ungleichheit in Deutschland, auf <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-20845.htm#A7> (05.11.2025)
- Hashemi, Said Etris (2025): Ich bin das Stadtbild, vor dem Merz warnt, in: der Freitag, Nr. 44 (30.10.2025), S. 6
- izbd² (2023): D²-Sourcebook. Demokratie und Diversity in Betrieb(en), Augsburg.
- Kraus, Peter A. (2017): Identitätspolitik unter Bedingungen komplexer Vielfalt, in: Mittelweg 36 2017 (2), S. 38-52.
- Mau, Steffen u.a. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.
- Mediendienst Integration (2025): Bundestag 2025. 73 Abgeordnete mit Migrationshintergrund, auf: <https://mediendienst-integration.de/artikel/73-abgeordnete-mit-migrationshintergrund.html> (29.10.2025)
- Nanz, Patrizia u.a. (2022): Das wird unsere Stadt. Bürger:innen erneuern die Demokratie, Hamburg
- Neu, Claudia/ Vogel, Berthold (2023): Einsamkeit als soziale Frage, auf: bpb.de (05.11.2025)
- Offe, Claus (2006): Klassenherrschaft und politisches System. Die Selektivität politischer Institutionen, in: ders.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, S. 95-126, Frankfurt/New York.
- Reckwitz, Andreas (2024): Verlust. Ein Grundproblem der Moderne, Berlin.
- Stadt Augsburg (2025): Strukturatlas 2025, Augsburg
- SVR (2025): Jung und vielfältig, aber noch nicht politisch beteiligt? Wege zu mehr Partizipation für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, auf: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2025/03/SVR-Studie_YoungUP_barrierefrei.pdf (29.10.2025)
- SVR (2020): Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, auf: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/03/SVR-FB_Studie_Be-Part.pdf (29.10.2025)
- UE (2025): Akademikeranteil im Bundestag: Anteil bei CDU/CSU und den Grünen am größten, auf: <https://www.ue-germany.com/de/news-center/presse/akademikeranteil-im-bundestag> (29.10.2025)
- Weidhofer, Cécile u.a. (2023): Mit Kind in die Politik. Gute Praktiken für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt, Berlin.
- ZEIT (2024): Anteil der Akademiker in Deutschland nimmt zu, auf: <https://www.zeit.de/arbeit/2024-10/zensus-akademiker-berufsausbildung-deutschland-muenchen> (29.10.2025)

Dr. Paul Sörensen, Düzgün Polat und André Schnall sind Projektmitarbeiter bei ID² - Ideenschmiede diversitätssensible Demokratisierung. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der diversitätsorientierten und diskriminierungskritischen Politischen Bildung. Diese Ausgabe der Citi*zen-Paper-Schriftenreihe ist unter Mitarbeit von **Melanie Hasbauer** entstanden.

Die ID²-Citi*zen-Papers

Im Rahmen des Projekts werden die ID²-Citi*zen-Papers als Teil einer umfassenderen Öffentlichkeits-kampagne erscheinen. In zwangloser Folge bietet diese Schriftenreihe so unter anderem die Möglichkeit,

- Einblicke in das Projekt zu gewinnen,
- (Zwischen-)Ergebnisse der Arbeit aus den Aushandlungsräten und Ideenschmieden kennenzulernen,
- In Form von Gastbeiträgen die Perspektiven unserer Projektpartner*innen, des Wissenschaftlichen Beirats oder anderer mit dem Projekt verbundener Personen zu vermitteln...

Namentlich gekennzeichnete, nicht vom ID²-Projektteam verfasste Beiträge geben die Meinung des*der jeweiligen Autor*in wieder und nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber*innen und/oder der Tür an Tür Integrationsprojekte gGmbH.

Die ID²-Citi*zen-Paper-Schriftenreihe ist in ihrer Gesamtheit, sofern nicht an namentlich gekennzeichneten Beiträgen anders angegeben, lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz CC BY-NC-SA 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>). Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen, mit Quellenangaben gekennzeichneten Quellen wie z.B. Abbildungen, Graphiken, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den/die jeweilige*n Rechteinhaber*innen.



Herausgegeben von:

Düzgün Polat, André Schnall, Dr. Paul Sörensen
2025, Augsburg, im Selbstverlag

Ideenschmiede diversitätssensible Demokratisierung (ID²)

Tür an Tür - Integrationsprojekte gGmbH

Wertachstraße 29, 86153 Augsburg

www.ideenschmiede-augsburg.de

ideenschmiede@tuerantuer.de

Gefördert durch die Robert Bosch Stiftung.

